Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebener Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 169 — 88. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Dienstag, den 23. Juli 1929**

Zweifel und Bedenken.

Großes Aufsehen überall in der Welt hat es erregt, rief bei unseren Gläubigermächten freudigste Zustimmung, andererseits aber schärfste deutsche Proteste hervor, was der Reparationsagent Parker Gilbert Ende Dezember vergangenen Jahres in seinem Bericht gesagt hatte, der von der Erfüllung des Dawes-Planes durch Deutschland im vierten Annuitätsjahr handelte. Dieser Bericht, der mit dem größten Optimismus von der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands in Gegenwart und Zukunft sprach, ist es aber gewesen, der die Richtschnur abgab für die Beurteilung dieser Leistungsfähigkeit auf der Pariser Konferenz und damit auch einen entscheidenden Einfluß ausübte auf die dort erfolgte Festlegung unserer Jahresverpflichtungen durch den Young-Plan. In seinem neuesten Bericht nun, der sich über die Zeit vom 1. September 1928 bis zum 1. Juni 1929, also auf die ersten neun Monate des fünften Dawes-Jahres — des ersten „Normaljahres“ — erstreckt, hat Parker Gilbert aber einen ganz anderen Ton angeschlagen, der außerordentlich von dem Optimismus seines früheren Berichtes abweicht. Zwar sind auch die jetzigen Leistungen, die ja in diesem Jahr auf 2500 Millionen angewachsen sind, von Deutschland prompt erfüllt worden. Aber der Bericht ist durchsetzt von zahlreichen Zweifeln und Bedenken, ob die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft diesen gewaltigen Aderlaß noch lange werden ertragen können. Wenn Parker Gilbert natürlich auch mit verständlicher Absicht für die Zukunft einen Teil seines alten Optimismus' entwickelt, muß er doch feststellen, daß auf allen Gebieten der Finanzen, der Kreditpolitik, des Außenhandels und der deutschen Binnenwirtschaft Schwierigkeiten bedenklichster Art bestehen. Er berechnet die deutsche öffentliche Gesamtschuld, also die Schuldsumme des Reiches, der Länder und der Gemeinden, auf weit über 16 000 Millionen, beziffert sie damit noch höher, als dies selbst von deutschen amtlichen Stellen mehrfach angedeutet wurde. Diese Riesenverschuldung der öffentlichen Hand äußert sich nun natürlich in schwerster Form besonders gegenüber den Kreditansprüchen der deutschen Privatwirtschaft. Parker Gilbert muß daher weiter feststellen, daß die ausländische Kredithergabe ganz außerordentlich zurückgegangen ist und außerdem nur zu sehr hohen Zinssätzen erfolgt. Allerhand Vorkommnisse wie die Unsicherheit über den Ausgang der Pariser Konferenz, ferner zahlreiche „Imponderabilien“ während dieser Konferenz haben die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens schwer beeinträchtigt; der Bericht geht auch nicht daran vorüber, daß die Zinssätze für deutsche Emissionen im Inland selbst, also beispielsweise für Pfandbriefe, sehr erheblich anstiegen.

Parker Gilbert kommt dann zurück auf die währungspolitischen Schwierigkeiten, die bekanntlich die Reichsbank zu überaus einschneidenden Maßnahmen veranlaßten und ihn übrigens selbst noch von der im vorigen Bericht propagierten Idee abbrachten, der Deutschen Reichsbank die wirkliche Einlösungspflicht der Reichsbanknoten gegen Gold zu empfehlen. Mühsam genug ist es ja der Reichsbank gelungen, die notwendige Golddeckung nach dem schweren Rückgang des Mai wieder zu erzwingen.

Schwierigkeiten über Schwierigkeiten beim deutschen Außenhandel. Mit einer ausgesprochenen Herabsetzung des Gesamtumfanges der deutschen Einfuhr könne man kaum rechnen und dem Optimismus, mit dem Parker Gilbert die weitere Entwicklung der deutschen Ausfuhr betrachtet, steht seine eigene Feststellung entgegen, daß „viele der die Zukunft des deutschen Exports bestimmenden Faktoren aber, darunter die Zollpolitik der anderen Länder, Deutschland nicht in der Hand habe“. Das veranlaßt den Reparationsagenten zu der nachdenklichen, deutscherseits aber schon längst in verneinendem Sinne beantworteten Frage, ob denn die wirtschaftlichen und finanziellen Ergebnisse des mit Hilfe von Auslandskapital rationalisierten und modernisierten deutschen Produktionsapparates den Erwartungen auch wirklich dauernd entsprechen werden. Diese Fragestellung steht übrigens in einem geradezu grotesken Gegensatz zur Behauptung des Reparationsagenten im Dezemberbericht, daß „die in Deutschland mit Hilfe des ausländischen Kapitals geschaffenen neuen Werte ein Mehrfaches des Gesamtbetrages der eingegangenen Verschuldung ausmachen“! In größerer Wahrhaftigkeit als damals spricht Parker Gilbert diesmal endlich auch über die Lage der deutschen Binnenwirtschaft. Er verweist darauf, daß das Absinken der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse „von ernster Bedeutung für den Produzenten gewesen“ seien, äußert sehr erhebliche Zweifel darüber, ob nach der schweren Winterkrise wirklich alle Produktions- und Gewerbezweige eine entsprechende Neubelebung erfahren haben, verweist im Hinblick auf den Umfang der Arbeitslosigkeit auch darauf, daß der teure Kredit, die Höhe der Zinssätze zu dem Ergebnis führten, häufig die Gründung von neuen Unternehmungen oder die Erweiterung schon bestehender hinauszuschieben. Auch die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt werden diesmal nicht vergessen, vergessen auch nicht, vor welche Probleme die deutsche Wirtschaft durch den starken jährlichen Bevölkerungszuwachs, also das Hineindringen Hunderttausender von neuen Arbeitskräften gestellt wird.

Schon auf Grund dieser Andeutungen aus dem wie üblich sehr langen Bericht des Reparationsagenten kann man entnehmen, von welch einschneidender Wirkung für die gesamte Reparationspolitik es gewesen wäre, wenn Parker Gilbert in seinem Dezemberbericht nicht mit dem damals bewiesenen verhängnisvollen Optimismus gearbeitet hätte. Hat sich doch die Entwicklung in der Art, wie er sie jetzt schildert, nicht erst in den letzten Monaten vollzogen, sondern schon damals, als er den Bericht verfaßte, waren die kreditpolitischen Spannungen außerordentlich groß gewesen, hatte die Arbeitslosenziffer die erste Million schon weit hinter sich gelassen. Und angesichts dieses neuen Berichtes wirkt es mehr als grotesk, wenn Parker Gilbert darauf erklärt, daß dem Dawes-Plan gemäß nun auch noch die Bestimmungen über den Wohlstandsindex Platz greifen müssen, wenn der Young-Plan am 1. September 1929 nicht in Kraft tritt. Der Bericht selbst gibt auf ein derartiges Vorhaben schon die nötige Antwort.

Rußland lehnt die Vermittlung ab

Die Frage des Schiedsrichters im Ostasienkonflikt.

Deutschland oder Japan?

In dem Konflikt zwischen Rußland und China spielt zurzeit die Frage, wer das Schiedsrichteramt zwischen den beiden streitenden Parteien übernehmen soll, eine Hauptrolle. Auf der einen Seite scheint sich Japan als der natürliche Vermittler zwischen China und Sowjetrußland zu betrachten, indem es glaubt, daß der Völkerbund, wenn er die Vermittlung übernehmen sollte, ohne Japans Beistand nichts Wirksames tun könne. Andererseits ist man in amtlichen amerikanischen Kreisen der Ansicht, daß

Deutschland der Schiedsrichter

sein müsse, da es zu beiden Mächten freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Amerika könne die Schiedsrichterrolle nur dann übernehmen, wenn es von allen Mächten dazu aufgefordert werde. Japan käme wegen seiner Interessen in der Mandschurei nicht in Frage. Die Nanking-Regierung hat an die Mächte eine gleichlautende Note gesandt, in der

die Verantwortung für die Ereignisse

in der Mandschurei Rußland zugeschoben wird. Die chinesische Regierung werde sich ganz der Erhaltung des Weltfriedens widmen, China werde nur alle legalen Mittel für seine Selbstverteidigung anwenden, da es ganz von dem Geiste des Kellogg-Vertrages erfüllt sei.

Andererseits haben Nanking sowohl wie Moskau Aufrufe an ihre Völker erlassen,

ihre Länder zu verteidigen.

Zuverlässige Nachrichten über irgendwelche offene Feindseligkeiten liegen noch nicht vor. Die Truppenzusammenziehungen an der Grenze schreiten weiter fort, aber die Meldungen über größere militärische Zusammenstöße scheinen sehr übertrieben zu sein. Außer einigen Vorpostenplänkeleien scheint es noch nirgends zu Zusammenstößen gekommen zu sein.

Infolge der Verkehrsunterbrechung bei der ostchinesischen Bahn, die von China jetzt restlos durchgeführt worden zu sein scheint, lagern in Charbin bereits 8000 Tonnen Fracht. Weiter wird mitgeteilt, daß 500 Personenwagen und 1800 Güterwagen zurückgehalten worden sind. Der für Rußland außerordentlich wichtige Ausfuhrhandel von Wladiwostok soll völlig zum Stillstand gekommen sein.

Rußland besteht auf Erfüllung des Ultimatums an China

Kowno, 23. Juli. Wie aus Kowno gemeldet wird, teilte am heutigen Montag das Außenkommissariat der Sowjetunion folgendes mit: Da sich die politische Lage im fernen Osten stark verschlechtert hat, hat der französische Außenminister Briand in Paris den sowjetrussischen Botschafter empfangen und ihm erklärt, daß Frankreich sich für eine Vermittlung in dem russisch-chinesischen Streit zur Verfügung stelle. Gleichzeitig hat der französische Botschafter in Moskau, Herbette, dem stellvertretenden Außenkommissar die Vermittlung angeboten. Am 22. Juli teilte der Außenkommissar der Sowjetunion Karachan mit, daß die Sowjetregierung der französischen Regierung für ihre Mühe, den Streit beizulegen, danke, leider aber die Vermittlung ablehnen müsse. Jede Vermittlung in dieser Frage sei vollkommen zwecklos, solange die chinesischen Behörden die Beschlagnahme der chinesischen Ostbahn nicht aufgeben. Der Streit könne nur dann beigelegt werden, wenn die chinesische Regierung das russische Ultimatum vom 13. Juli erfüllte. Die Sowjetregierung werde jedoch im Interesse des Friedens keine kriegerischen Maßnahmen gegen China ergreifen, da sie den Interessen des Weltfriedens dienen wolle.

*

Kowno, 23. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilt das Außenkommissariat der Sowjetunion mit, daß es weder mittelbar noch unmittelbar amerikanische Vorschläge zur Beilegung des russisch-chinesischen Streites erhalten habe. Der französische Schritt zur Beilegung des Streites sei nicht im Auftrage der amerikanischen Regierung erfolgt, sondern auf Initiative der französischen Regierung.

*

Chinas Antwort an Washington

London, 22. Juli. Die chinesische Regierung hat nach Washingtoner Meldungen auf die Anregung von Staatssekretär Stimson, daß der chinesisch-russische Streit schiedsgerichtlich geregelt werden solle, günstig geantwortet. Der chinesische Gesandte in Washington stattete am Montag mittag dem Staatssekretär Stimson einen Besuch ab und übergab ihm die Antwort der Nankingregierung.

Das „Blaue Band des Ozeans“ von der „Bremen“ gewonnen.

Die „Mauretania“ um acht Stunden geschlagen.

Die „Bremen“ ist Montag nachmittag um 3 Uhr 2 Minuten amerikanischer Zeit (8 Uhr 02 mitteleuropäischer Zeit) am Ziele in Newyork eingetroffen. Sie hat für ihre Fahrt von Cherbourg nach Newyork vier Tage und 18 Stunden gebraucht, den Schnelligkeitsrekord der „Mauretania“ also um acht Stunden 17 Minuten geschlagen.

Die Newyorker Montagszeitungen stellen Vergleiche mit früheren Rekordfahrten an, von dem Raddampfer „Savannah“ an, der im Jahre 1819 26 Tage für die Überfahrt brauchte, bis zum letzten Rekord der „Mauretania“ im Jahre 1928 mit fünf Tagen drei Stunden vierzehn Minuten.

Das Postflugzeug, das sich an Bord der „Bremen“ befand, ist mit Hilfe der Katapultvorrichtung Montag mittag etwa 400 Kilometer von Newyork entfernt gestartet und um 1 Uhr 35 amerikanischer Zeit in Newyork gelandet. Newyorks Bürgermeister Walker wird das Katapultflugzeug auf den Namen „Newyork“ taufen. Wie groß das Interesse für die „Bremen“ in Newyork ist, beweist die Tatsache, daß zur Besichtigung des deutschen Ozeanriesen mehr als 40 000 Karten ausgegeben worden sind.

Die Operation des Reichskanzlers.

Politische Folgen.

Die Anfänge der schweren Erkrankung des Reichskanzlers Müller, die zu einer durchgreifenden Operation in Heidelberg durch Geheimrat Professor Dr. Enderle geführt haben, liegen schon einige Zeit zurück. Bekanntlich litt der Reichskanzler bereits seit einiger Zeit an einem schmerzhaften Gallen- und Leberleiden, das ihn zwang, das Bett zu hüten. Um eine Kur gegen die Erkrankung zu gebrauchen, hatte er sich nach Bad Mergentheim begeben, und die ersten Tage der Kur schienen einen durchaus günstigen Erfolg zu haben. Als der Reichskanzler aber einen

akuten Anfall mit verstärkten Schmerzen

bekam, hielt der behandelnde Arzt Dr. Haug in Mergentheim es für notwendig, auswärtige Fachleute hinzuzuziehen. Er erkannte, daß eine sofortige Operation erfolgen müsse, und wie es sich nachher herausstellte, war diese unbedingt erforderlich, um den Reichskanzler am Leben zu erhalten.

In einem Eisenbahnkraftwagen, den die Reichsbahndirektion Stuttgart mit großer Beschleunigung zur Verfügung gestellt hatte, wurde der Erkrankte nach Heidelberg geschafft. Die Operation dauerte 26 Minuten. Zu ihr wurde außer Professor Enderle, Dr. Klug und Geheimrat von Krehl auch Professor Hermann Zondek aus Berlin, der bekanntlich auch den Reichsaußenminister behandelt, hinzugezogen. Der Befund ergab, daß eine eitrige Gallenblasenentzündung vorlag und daß bereits der

Abzeß in die Bauchhöhle durchgebrochen

war. Nach der Operation sank die sehr hohe Fiebertemperatur des Patienten und er fühlte sich stark erleichtert. Die darauffolgende Nacht verbrachte er in einem apathischen Schlummer. Die Gattin des Reichskanzlers ist nach der Operation in Heidelberg eingetroffen und weilt am Krankenlager ihres Mannes.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF